



Presseschau vom 24.08.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.*) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

Dan-news.info: Die Oberste Rada der Ukraine muss nicht nur das Gesetz über einen besonderen Status des Donbass verlängern, sondern auch die notwendigen Schritte zu seiner realen Inkraftsetzung unternehmen. Diese Auffassung vertrat in einem Kommentar für DAN die Außenministerin der DVR, die Vertreterin der Republik in der politischen Untergruppe in Minsk Natalja Nikonorowa.

Zuvor hatte heute der Sprecher der Obersten Rada der Ukraine Andrej Parubij erklärt, dass die Frage der Verlängerung der Gültigkeit des Gesetzes über einen besonderen Status des Donbass nach politischen Konsultationen im ukrainischen Parlament im Rahmen der Herbstsitzungsperiode eingebracht werden wird.

„Eine Verlängerung dieses Gesetzes ist zweifellos eine wichtige und notwendige Maßnahme zur Verlängerung der Verhandlungen, aber noch wichtiger ist es, endlich mit einem vollwertigen und konstruktiven Dialog zur Frage der Implementierung einer Kompromissreihenfolge des Inkraftsetzens der Gesetzgebung zum Donbass zu beginnen“, sagte Nikonorowa in diesem Zusammenhang.

Die Außenministerin lenkte die Aufmerksamkeit darauf, dass einfach eine Verlängerung des Gesetzes keinerlei gewichtige Änderungen in der Lauf der politischen Regelung einbringt. Aber dennoch sei dies für die Fortsetzung des Verhandlungsprozesses zur friedlichen Regelung des Konflikts notwendig.

„Wenn man über Schritte spricht, die ein Fundament für wesentliche Bewegungen in den Verhandlungen bringen, so ist dies in erster Linie eine Vereinbarung und Implementierung der

Formel Steinmeier als Mechanismus, der es schließlich erlauben wird, das Gesetz über einen besonderen Status des Donbass auf ständiger Grundlage in Kraft zu setzen“, unterstrich Nikonorowa.

Vormittags:

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden dreimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Donezkij und Shelobok**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen.

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 23. August 3:00 Uhr bis 24. August 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 11.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Dolomitnoje, Staromichajlowka, Kominternowo, Sachanka**.

Nach genaueren Informationen wurde durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte auf Golmowskij am 22.08.2018 das Dach eines Hauses in der Fedosejew-Straße 5 beschädigt.

Außerdem wurden durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte auf Staromichajlowka folgende Häuser beschädigt:

- Dalnewostoschanaja-Straße 22 – Brand;
- Lenin-Straße 29 – Verglasung;
- Lenin-Straße 38 – Dach;
- Schewtschenko-Straße 38 – Dach;
- Komsomolskaja-Straße 7 – Wirtschaftsgebäude.

Opfer unter den friedlichen Bürgern wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 83.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 5.

Ab 00:01 Uhr am 1. Juli 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feuereinstellung – der „Brot“-waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: Ukrainischer Abgeordneter gesteht: Krim-Einwohner wollten bewusst Teil Russlands sein.

Die Einwohner der Krim haben sich die Eingliederung der Halbinsel in den Bestand Russlands gewünscht, wie der Abgeordnete der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) aus dem „Block Petro Poroschenko“ Iwan Winnik gegenüber dem TV-Sender „112 Ukraina“ offenbarte.

„Die dort lebenden Menschen wollten bewusst zu einem Teil des russischen Raums werden“, sagte der Politiker.

Der Prozess der Eingliederung der Halbinsel Krim in den Bestand Russlands wurde ihm

zufolge „nur mittels humanitärer Maßnahmen“ erfüllt.

Die Krim hatte sich nach dem Referendum vom März 2014 von der Ukraine losgelöst und war am 18. März auf Wunsch ihrer Bevölkerung in den Staatsverband Russlands aufgenommen worden. Die Ukraine betrachtet die Halbinsel weiterhin als ihr Territorium, das „zeitweise okkupiert“ ist. Russlands Präsident, Wladimir Putin, zufolge ist die Krim-Frage ein für alle Mal gelöst.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32206/84/322068467.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Nach genaueren Angaben wurden infolge des Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte auf Staromichajlowka folgende 10 Wohnhäuser beschädigt:

- Lenin-Straße 29 – Verglasung beschädigt;
- Lenin-Straße 38 – Dach beschädigt;
- Schewtschenko-Straße 8 – Dach beschädigt;
- Komsomolskaja-Straße 7 – Wirtschaftsgebäude beschädigt;
- Oktjabskaja-Straße 4 – Fassade beschädigt;
- Oktjabskaja-Straße 20 – Wirtschaftsgebäude beschädigt;
- Kotowskij-Straße 14 – Dach und Verglasung beschädigt;
- Sowjetskaja-Straße 29 – Wirtschaftsgebäude beschädigt;
- Iwan-Martschenko-Straße 20 – Dach und Verglasung beschädigt;
- Tschkalow-Straße 39 – Wirtschaftsgebäude beschädigt.

Zum Glück konnten Opfer unter der Zivilbevölkerung vermieden werden.

de.sputniknews.com: Russischer UN-Botschafter enthüllt Schirmherrn der Waffenlieferungen an IS:

Die Terrormiliz „Islamischer Staat“ in Syrien erhält Waffen aus halbamtlichen Strukturen, die sogar mit Geheimdiensten einzelner Länder verbunden sind. Dies verlautbarte der russische Uno-Botschafter Wassili Nebensja.

„Die Beweise für die Waffenlieferungen (an den IS – Anm. d. Red.) von außen, auch von halblegalen Strukturen oder sogar unter der Schirmherrschaft der Geheimdienste einzelner Länder, erhärten sich weiterhin“, so der Botschafter am Donnerstag.

Der Diplomat äußerte die Hoffnung, dass dieses Problem auf der internationalen Konferenz zur Bekämpfung von illegalen Waffenlieferungen im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus diskutiert würde. Die Veranstaltung soll am 3. und 4. September in Moskau abgehalten werden.

„Es ist durchaus möglich, dass die Häufigkeit von Terroranschlägen, hauptsächlich in Richtung Idlib, zunehmen wird“, warnte Nebensja.

Er unterstrich, dass IS-Anhänger „Amok laufen“, indem sie Minderjährige und sogar Kinder unter zwölf Jahren in den Terrorismus miteinbeziehen würden.

Er erinnerte, mit der Unterstützung der russischen Streitkräfte (in Syrien – Anm. d. Red.) seien mehr als 1400 Siedlungen von Terroristen befreit worden sowie über 96 Prozent der Gebiete unter der Kontrolle von Regierungstruppen und Volksmilizen.

„Infolge konnten bereits mehr als 1,5 Millionen syrische Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren“, so der Diplomat weiter.

Nebensja gab auch dem Bedenken Raum, dass die Terrorgruppe Al-Qaida in Syrien den Platz des „Islamischen Staates“ übernehmen könnte. Seiner Ansicht nach ermöglichte der Rückgang der Tätigkeit des IS eine Steigerung der Präsenz der Al-Qaida im Land.

Die Miliz pflege Beziehungen zu Zweigstellen in Nordafrika und versuche, das lokale Kriminalbusiness zu kontrollieren, so Nebensja.

Al-Qaida, deren Finanzierung zwischen 20 und 40 Millionen Dollar pro Monat betrage, investiere zudem in die Agrarindustrieholdings afrikanischer Länder.

„Die Bedrohung des IS, der Al-Qaida und mit ihnen verbundener Gruppierungen kann nur auf einer richtigen kollektiven Basis beseitigt werden“, erklärte Nebensja.

Dnr-online.ru: Heute um 7:00 Uhr hat die ukrainische Seite einseitig den Kontroll- und Passierpunkt „Majorsk“ geschlossen. Grund und Dauer der Schließung des KPP sind unbekannt. Dies teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit.

„Nach operativen Informationen wird der KPP für ein oder zwei Tage geschlossen bleiben. Sobald der KPP wieder geöffnet wird, werden wir das sofort mitteilen“, fügte er hinzu.

Gleichzeitig meldeten ukrainische Medien, dass der KPP „Majrosk“ wegen Scharfschützenbeschusses geschlossen wurde. Durch die Informationen der Vertretung der DVR im GZKK werden diese Fakten nicht bestätigt.

de.sputniknews.com: USA nennen Frist des Inkrafttretens neuer Anti-Russland-Sanktionen. Das US-Außenministerium hat mitgeteilt, ab wann die wegen der angeblichen Verwicklung Russlands in den Fall Skripal beschlossenen Sanktionen gelten werden.

Das Inkrafttreten des ersten Sanktionspakets wegen des „Falls Skripal“ wurde zunächst am 22. August erwartet. Allerdings erschien auf der Webseite des Federal Registers, des Amtsblatts der US-Regierung, an diesem Tag keine entsprechende Mitteilung.

„Die von dem Gesetz vorgesehene Benachrichtigungsfrist (...) ist am 22. August ausgelaufen“, erklärte ein Sprecher des US-Außenministeriums gegenüber Sputnik. „Wir haben eine Mitteilung im Federal Register unterzeichnet, durch die die Sanktionen verhängt werden und rechnen mit ihrer Veröffentlichung am 27. August.“

Am 8. August hatten die US-Behörden neue Strafmaßnahmen gegen Russland angekündigt. Als Anlass gilt der angebliche Einsatz chemischer Waffen durch Russland im britischen Salisbury. Das erste Sanktionspaket verbietet Lieferungen von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck. Das zweite und härtere kann im November eingeführt werden. Es kann Auswirkungen auf die Kreditversorgung der russischen Unternehmen sowie auf die Exporte und Importe nach sich ziehen und sieht zudem eine Senkung des Niveaus der diplomatischen Beziehungen vor.

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, bezeichnete die Verbindung der neuen antirussischen Sanktionen mit dem Vorfall in Salisbury als nicht rechtmäßig und unannehmbar. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, äußerte, die neuen US-Einschränkungsmaßnahmen würden unter einem gekünstelten Vorwand eingeführt. Moskau werde darauf mit neuen Gegenmaßnahmen reagieren, sagte sie.

Am 4. März wurden laut der Regierung Großbritanniens der ehemalige russische Doppelagent Sergej Skripal und seine Tochter Julia in der britischen Stadt Salisbury vergiftet.

Großbritannien macht Moskau für den Vorfall verantwortlich, dem sie den Einsatz des

Nervenkampfstoffes A234 vorwirft. Russland weist die Vorwürfe entschieden zurück. Der russische Außenminister, Sergej Lawrow, äußerte, die Causa Skripal zerfalle offensichtlich angesichts der fehlenden Beweise über eine Verwicklung Moskaus.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31967/73/319677385.jpg>

Lug-info.com: Der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko hat die Erklärung des Leiters der sogenannten „Lugansker militärisch-zivilen Oblastverwaltung (LMZOV)“ Jurij Garbus über einen angeblichen Beschuss von Wrubowka im Popasnaja-Bezirk durch Soldaten der LVR dementiert.

Der Leiter der „LMZOV“ teilte auf seiner Facebook-Seite mit, dass heute gegen fünf Uhr morgens angeblich bei einem Beschuss von Wrubowka durch die „russischen Besatzungstruppen“ ein Zivilist, geb. 1983, starb, außerdem seien eine Schule und vier zweistöckige Häuser beschädigt worden.

Marotschko berichtete, dass die „ukrainischen Propagandisten“ versuchten, die Volksmiliz der Republik des Beschusses von Wrubowka mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen zu beschuldigen.

„So hat der Leiter der „Lugansker militärisch-zivilen Oblastverwaltung“, der Lügner Jurij Garbus, ohne Abstimmung mit Vertretern der ukrainischen Streitkräfte eine Falschinformation über einen Beschuss veröffentlicht, bei dem angeblich ein ziviler Einwohner starb“, teilte er mit.

„Mit aller Verantwortlichkeit erkläre ich, dass dieser Vorfall nicht mit den Einheiten der Volksmiliz der LVR zu tun hat“, erklärte der Vertreter der Verteidigungsbehörde der Republik. Marotschko unterstrich, dass die Artillerie der Volksmiliz der Republik gemäß den Minsker Vereinbarungen in den Abzugsorten ist, was die Vertreter der OSZE-Mission regelmäßig bestätigen.

„Was man von der Artillerie der ukrainischen Streitkräfte, wie über einen langen Zeitraum hinweg von internationalen Beobachtern festgestellt wurde, nicht sagen kann“, fügte Marotschko hinzu.

de.sputniknews.com: Lawrow: Terroristen in Idlib setzen Zivilisten als „menschliches Schutzschild“ ein.

Für die Minimalisierung der Risiken für die Zivilbevölkerung im syrischen Idlib muss man laut Russlands Außenminister Sergej Lawrow sicherstellen, dass die Terroristen nicht mit der gemäßigten Opposition in Kontakt stehen.

„Wir müssen alles für die Gewährleistung dieser Abgrenzung sowie Reduktion jeglicher Risiken für die Zivilbevölkerung unternehmen“, sagte Lawrow auf einer Pressekonferenz

nach dem Gespräch mit dem türkischen Außenminister, Mevlut Cavusoglu, am Freitag in Moskau.

Er fügte hinzu, dass die Lage in Syrien sehr „komplex und kompliziert“ sei.

„Als die Deeskalationszone in Idlib geschaffen wurde dachte niemand, dass die Kämpfer der Terrormiliz Dschabhat an-Nusra vor allem die Zivilbevölkerung als ‚menschliches Schutzschild‘ einsetzen“, so Lawrow abschließend.

Nachmittags:

armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Koordination der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 18. bis 24. August 2018:

In der letzten Woche haben in den Einheiten der Volksmiliz der Donezker Volksrepublik Schießübungen für Panzer- und Panzergrenadierzüge stattgefunden, außerdem wurde die erste Etappe der Übungen für Mitglieder von Schützenpanzer- und Geschützmannschaften abgeschlossen.

Die Volksmiliz der DVR hat gemeinsam mit karitativen und gesellschaftlichen Organisationen humanitäre Aktionen zur **Lieferung von Hygienemitteln, Schreibmaterial, Schulbüchern, Lebensmitteln und Baumaterial an Schulen** von Jakowlewka und Makejewka sowie von Lebensmitteln an Einwohner von Spartak durchgeführt.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Terroristen den Beschuss unserer Republik verstärkt.

Die schwierigste Situation besteht in **Richtung Mariupol**, wo die Kämpfer des Kriegsverbrechers Gnatow aus der 36. Marineinfanteriebrigade **Kominternowo** und **Sachanka** mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen haben. Insgesamt hat der Gegner auf diese Ortschaften mehr als 30 Mörsergeschosse und Granaten abgefeuert.

Der Feind hat versucht, die Leitung des Feuers auf diese Ortschaften mit Hilfe einer Drohne durchzuführen, aber bereits beim Anflug auf das Territorium unserer Republik wurde sie von den Luftabwehreinheiten abgeschossen. Heute stellen wir sie auf dieser Pressekonferenz vor. In **Richtung Donezk** haben die Kämpfer der 56. Brigade der ukrainischen Streitkräfte auf Kommando des Kriegsverbrechers Iwanow weiterhin friedliche Stadtteile von **Staromichajlowka** mit Schützenpanzern beschossen und insgesamt 30 Geschosse abgefeuert. Dabei wurden zehn Häuser beschädigt.

In **Richtung Gorlowka** haben die Terroristen aus der 72. mechanisierten Brigade unter Leitung des Kriegsverbrechers Tatus mit 82mm-Mörsern und Schusswaffen das Gebiet von **Dolomitnoje** beschossen.

Mit Trauer teilen wir mit, dass wir durch feindlichen Beschuss Verluste erlitten haben. **Zwei unserer Verteidiger starben und zwei wurden verletzt.**

Insgesamt wurden **in der letzten Woche 34 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** festgestellt. Auf die Gebiete von **15 Ortschaften** der Republik hat der Gegner mehr als 30 Mörsergeschosse des Kalibers 120 bzw. 82mm abgefeuert, mehr als 150 Schüsse mit verschiedenen Arten von Granatwerfern abgegeben sowie aktiv Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen eingesetzt.

In dem genannten Zeitraum wurden infolge von Beschuss auf Staromichajlowka, Golmowskij, Kominternowo und Werchnetorezkoje Nishneje 24 Häuser beschädigt.

Ich möchte die ukrainischen Besatzer warnen – unsere Geduld ist nicht grenzenlos! Ihre Versuche, die Lage in der Konfliktzone zu destabilisieren, werden erfolglos enden! Wenn Sie versuchen, auf das Territorium unserer Republik vorzudringen, werden Sie im eigenen Blut ersticken und in Särgen nach Hause zurückkehren!

Unsere Aufklärung hat Informationen über die **Ankunft von Journalisten der französischen Agentur „Sipa Press“** im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“

erhalten, die Reportagen aus den Verantwortungsbereichen der 92. mechanisierten Brigade in Werchnetorezkoje und Awdejewka, der 28. Brigade in Marjinka und der 56. Brigade in Peski sowie dem mobilen Hospital in Krasnoarmejsk erstellen werden.

Die Journalisten werden **von Vertretern der Leitung für informationspsychologische Operationen der Spezialoperationskräfte und des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte begleitet**. Außerdem sind nach unseren Informationen in den genannten Ortschaften Vertreter nationalistischer Einheiten eingetroffen, die sich in der Besatzungszone gegenüber der derzeitigen Regierung und gegenüber Najew persönlich loyal gezeigt haben. Wir schließen nicht aus, dass Vertreter nationalistischer Formationen während der Arbeit der Journalisten in diesen Gebieten provokativen Beschuss der Positionen der ukrainischen Streitkräfte durchführen werden, um den Ausländern angebliche Verletzungen des Waffenstillstands von Seiten unserer Republik zu demonstrieren.

Außerdem haben wir Informationen über die **Ankunft einer Gruppe von 50 bewaffneten Personen**, die wie man so sagt nach dem letzten Stand der Technik ausgerüstet sind, im Verantwortungsbereich der 36. Marineinfanteriebrigade im Gebiet von Berdjanskoje erhalten. Das Gepäck der Kämpfer ist spezifisch und erlaubt es, ihre Fachrichtung zu nennen, es sind **Scharfschützen**. Die eingetroffenen Personen werden vom Brigadekommandeur der 36. Brigade, dem Kriegsverbrecher Gnatow, persönlich begleitet. Sie nehmen mit niemandem Kontakt auf und sind gesondert untergebracht. Unseren Quellen in dieser Unterkunft ist es gelungen, einige Dialoge zwischen den neu Eingetroffenen zu hören, sie sprachen in einer ausländischen Sprache, vermutlich arabisch.

Wir prognostizieren eine Vergrößerung der Häufigkeit von Scharfschützenfeuer auf unsere Positionen und friedliche Stadtteile in Richtung Mariupol in den Verantwortungsbereichen der 36. und der 128. Brigade der ukrainischen Streitkräfte.

Die Heranziehung ausländischer Söldner in den bewaffneten Konflikt verbinden wir mit dem katastrophalen Mangel an militärischen Spezialisten in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte. Die vorhandenen Spezialisten verlängern ihre Verträge mit der Armee aufgrund der geringen materiellen Ausstattung und des geringen Solds nicht weiter.

So ist nach Angaben der Hauptpersonalabteilung des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte festzustellen, dass von August bis Dezember 2018 mehr als 20.000 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte aus dem Militärdienst auszuschneiden planen (Bodentruppen – 13.000; Luftstreitkräfte – mehr als 4500; Seestreitkräfte – etwa 650; Luftlandtruppen und Spezialoperationskräfte – mehr als 2000), insgesamt sind es im ganzen Jahr 2018 32.000 (etwa 22% des regulären Personals). Die schwierigste Situation besteht in der 93. mechanisierten Brigade, wo mehr als 770 Soldaten – ein Drittel der Brigade – vor dem Kriegsverbrecher W. Klotschko fliehen (ausscheiden).

Um eine kritische Situation zu vermeiden, schlägt die Hauptpersonalabteilung vor, auf dauerhafter Grundlage Aktivitäten von Werbegruppen der Truppenteile zu organisieren, wo der größte Mangel an Personal zu beobachten ist. Dabei soll eine gemeinsame Arbeit der Werbegruppen und der Rechtsschutzorgane organisiert werden, um Personen für den Vertragsmilitärdienst zu gewinnen, gegen die Strafverfahren aufgrund „nicht ernsthafter“ Paragraphen laufen, im Gegenzug zu einer Einstellung des Strafverfahrens gegen sie.

Als Beispiel wird die Erfahrung der 36. Marineinfanteriebrigade angeführt, in die im Juli 2018 durch „Zusammenarbeit“ mit den Ermittlungsorganen von Mariupol 17 ehemalige Untersuchungsgefangene in den Vertragsmilitärdienst aufgenommen wurden.

Dabei hat das Kommando der Marineinfanterie der ukrainischen Seestreitkräfte am 18. August dem Kommandeur der 36. Brigade, dem Kriegsverbrecher Gnatow, die Anweisung erteilt, den Zugang von unbefugten Personen und Vertretern von Freiwilligenorganisationen in die Kampfzone zu untersagen. Diese Anweisungen sind die Folge dessen, dass die von uns oben angegebenen Informationen, die uns Freiwillige, die mehrfach im Verantwortungsbereich des Verbandes waren, mitgeteilt haben, durchgesickert sind,

Aber dieses Verbot wird kaum die Situation ändern, dass wir systematisch Aufklärungsdaten über die Aktivität der 36. Brigade erhalten. Eher geht die Brigade selbst unter Bedingungen des Fehlens von normaler Versorgung durch den übergeordneten Stab und der sie zuvor rettenden Hilfe der Freiwilligen zugrunde.

Übrigens kommt das vom Kommando der Marineinfanterie vorgeschlagene Verfahren der Annahme und Weitergabe von materiell-technischer und anderer Hilfe von Vertretern von Freiwilligenorganisationen, bei dem dies nur in sicheren Gebieten außerhalb der Kampfzone erfolgen soll, nur den gewissenlosen Marineinfanteristen im rückwärtigen Dienst zugute. Denn die Übergabe des Materials wird weit entfernt von den Augen der Soldaten an der Front erfolgen, es ist nicht ausgeschlossen, dass pfiffige Angehörige des rückwärtigen Dienstes das von den Freiwilligen Erhaltene auf dem nächsten Markt an Händler verkaufen werden. Eine nicht weniger interessante Information ist aus dem staatlichen Grenzdienst der Ukraine im besetzten Teil des Donezker Oblast zu uns gelangt.

So wurde festgestellt, dass derzeit die 23. Mariupoler Abteilung des Seeschutzes des staatlichen Grenzdienstes der Ukraine nur zu 74% mit Personal ausgestattet ist (von 404 Stellen sind 301 besetzt). Im Jahr 2018 schieden unter verschiedenen Vorwänden mehr als 80 Grenzschützer aus. Dabei gingen 67 der Ausgeschiedenen in die russische Krim und reichten Dokumente zum Erhalt der russischen Staatsbürgerschaft ein, um dann in den Dienst der Grenztruppen der Russischen Föderation auf der Krim einzutreten. Nach unseren Informationen planen mindestens 20 Grenzschützer dieser Abteilung genauso vorzugehen. Dieses Vorgehen erklären die Übergetretenen mit der qualitativ besseren materiellen und finanziellen Versorgung der russischen Grenzschützer sowie mit dem tatsächlich und nicht nur in den Worten der Führung des Landes vorhanden sozialen Schutz.

de.sputniknews.com: Ohne Ukraine: EU ist ein „unverwirklichtes Projekt“ – Poroschenko
Ohne die Ukraine bleibt die EU laut dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko ein „unverwirklichtes Projekt“.

„Ich will hervorheben, dass Europa uns braucht, weil die EU ohne uns ein unverwirklichtes, unvollendetes Projekt bleiben wird“, äußerte der Präsident in seiner Rede zum Unabhängigkeitstag der Ukraine.

Petro Poroschenko hatte im April ein Dekret zur Feier des Unabhängigkeitstages der Ukraine am 24. August unterzeichnet. Um diesen Tag zu zelebrieren, soll eine Militärparade stattfinden. Mehr als 4000 Soldaten und 250 Militärfahrzeuge nehmen laut dem Verteidigungsminister, Stepan Poltorak, daran teil.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: **Staromichajlowka** ist den zweiten Tag hintereinander unter Beschuss der ukrainischen Streitkräfte

Heute um 13:45 Uhr haben die ukrainischen Streitkräfte das Feuer mit Schützenpanzern auf Staromichajlowka eröffnet. Dabei wurden folgende Wohnhäuser beschädigt:

- Schewtschenko-Straße 7 – das Haus geriet in Brand;
- Schewtschenko-Straße 14 und 18 – direkte Treffer (die Art der Schäden wir noch ermittelt);
- Schtschorse-Straße 17 – Dach beschädigt.

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer.

Bereits gestern wurden in Staromichajlowka zehn Wohnhäuser beschädigt.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Die ukrainischen Streitkräfte haben heute zum zweiten Mal **Staromichajlowka** mit Schützenpanzern beschossen. Es wurden die Fassaden zwei weiterer Wohnhäuser beschädigt – Tschkalow-Straße 43 und 45.

de.sputniknews.com: 100 Tage in ukrainischer Haft: Journalisten solidarisieren sich mit RIA Novosti-Chef.

Paul Linke

Seit 100 Tagen befindet sich der Chef von RIA Novosti Ukraina, Kirill Wyschinski, in ukrainischer Haft. Internationale Journalistenverbände zeigen sich solidarisch mit dem russischen Kollegen und fordern seine Freilassung.

Der ukrainische Geheimdienst SBU hatte am 15. Mai den Chefredakteur der Nachrichtenagentur RIA Novosti Ukraina, Kirill Wyschinski, vor seiner Wohnung in Kiew festgenommen und in ein Untersuchungsgefängnis in der ukrainischen Stadt Cherson verbracht. Dem Journalisten wird Landesverrat und Unterstützung der selbsterklärten Republiken im Donbass zur Last gelegt. Seine berufliche Tätigkeit dient dabei als Beweis für die Anschuldigungen.

„Subversive Berichterstattung undenkbar“

„Journalistinnen und Journalisten haben die Aufgabe, über Konflikte zu berichten. Das ist unser Job. Wir sollten dabei nicht als Feinde für die einzelnen Regierungen verwendet werden, um daraus eine Art Informationskrieg zu schaffen“, bemerkt der Präsident des Österreichischen Journalisten Clubs (ÖJC), Fred Turnheim, im Sputnik-Interview. Den Begriff „Informationskrieger“ hält der Journalist für „völlig pervers“: „Genauso wie ich es für pervers halte, dass es subversive Tätigkeiten von Journalistinnen und Journalisten geben kann – eine subversive Berichterstattung. Beides ist undenkbar für mich.“ Der ÖJC verurteile alle Formen der Repression gegen Journalistinnen und Journalisten auf dieser Erde. „Daher sehen wir uns auch solidarisch mit unserem russischen Kollegen in der Ukraine“, so Turnheim.

Reporter ohne Grenzen: Erklären oder freilassen

Auch die international tätige Nichtregierungsorganisation „Reporter ohne Grenzen“ hat ihre Besorgnis über die in Kiew erfolgte Festnahme von Kirill Wyschinski geäußert. „Die ukrainischen Behörden sollen der NGO zufolge entweder ihre Anschuldigungen erklären oder den Journalisten freilassen“, schrieb der Chef des osteuropäischen und zentralasiatischen Büros der Organisation, Johann Bihir, auf deren offizieller Webseite.

Der Generalsekretär der Europäischen Journalisten-Föderation (EJF), Ricardo Gutierrez, verurteilte den Umgang mit Journalisten in der Ukraine. Kiew würde nur eine Reihe von Tatsachen anführen, die nur Teil des Berufs des Journalisten Wyschinski und seiner Kollegen seien. „Man wirft ihnen vor, über ein Referendum auf der Krim geschrieben zu haben. Aber das ist die Arbeit jedes Journalisten, der sich selbst respektiert. Die Antwort zeigt, dass die Tätigkeit von Wyschinsky den ukrainischen Behörden nicht passte. Deshalb haben sie versucht, ihn des Hochverrats verantwortlich zu machen, und ihn verhaftet“, so Gutierrez.

DJV: „Verhaftung wegen Beruf unzulässig“

Die stellvertretende Pressesprecherin des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV), Eva Werner, hat die Unzulässigkeit der Festnahmen von Journalisten wegen der Ausübung ihres Berufs bestätigt. „Die Pressefreiheit ist unter anderem durch Artikel 34 der ukrainischen Verfassung und Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtsrechtskonvention garantiert. In demokratischen Ländern ist die Verhaftung von Journalisten wegen der Ausübung ihres Berufs unzulässig“, teilte Werner auf Anfrage von Sputnik in einem schriftlichen Kommentar mit. „Vor diesem Hintergrund sollte der Kollege aus der Haft entlassen werden“, forderte die Sprecherin.

RT-Chefredakteurin Margarita Simonjan erinnerte daran, dass Wyschinski ein ukrainischer Journalist sei und für ukrainische Medien gearbeitet habe. Die Ukraine bezeichne die Tatsache als Landesverrat, dass er für Massenmedien gearbeitet habe, die sich „einen Standpunkt erlauben, der sich irgendwie von den Auffassungen der Kiewer Behörden unterscheidet“, so die Chefredakteurin.

Der ukrainische Geheimdienst SBU hatte am 15. Mai den Chefredakteur von RIA Novosti, Kirill Wyschinski, verhaftet und am gleichen Tag auch das Büro der Nachrichtenagentur gestürmt und durchsucht.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32207/24/322072472.jpg>

Dan-news.info: Die Abgeordnete des Volkssowjets der DVR haben heute in zwei Lesungen den Gesetzesentwurf „Über Antikorruptionsexpertise für normative Rechtsakte und Entwürfe normativer Rechtsakte“ verabschiedet. Dies teilte der Pressedienst des Parlaments mit. „Das Gesetz wird es erlauben, eine komplexe Antikorruptionsexpertise entsprechend internationalen Prinzipien im Bereich des Kampfes gegen die Korruption durchzuführen“, teilte der Pressedienst mit.

Es wurde erläutert, dass die Expertise eine Tätigkeit darstellt, um die Korruption begünstigende Faktoren zu entdecken und Schlüsse und Empfehlungen zu deren Beseitigung sowie Forderungen der Staatsanwaltschaft zur Änderung eines normativen Rechtsakts vorzubereiten.

Das Dokument legt die Prinzipien der Antikorruptionsexpertise, ihre Ordnung, die Subjekte der Expertise und deren Vollmachten fest.

de.sputniknews.com: Alibi für Zangenangriff der Nato: Lettland fürchtet das „Donbass-Szenario“.

Nesawissimaja Gaseta

Auf den ersten Blick dient das Manöver „Namejs 2018“ in Lettland nur der inneren Sicherheit des Landes. Begründet wird die Übung aber damit, dass Russland in der baltischen Republik vorgeblich „ein Donbass -Szenario“ plane. Währenddessen bereitet die Nato Übungen vor, die größer sein werden als alle Militärmanöver des letzten Jahrzehnts.

Beim lettischen Manöver sollen die Erfahrungen aus der Ukraine-Krise berücksichtigt werden: Hybridkrieg, spontane Unruhen im Land, bewaffnete Milizen ohne Erkennungszeichen – das alles soll Teil der Übung „Namejs 2018“ sein, sagte der Befehlshaber der lettischen Streitkräfte, Generalleutnant Leonids Kalniņš.

Gemäß der Übungslage werden zunächst Sondereinheiten des lettischen Innenministeriums die Niederschlagung der Unruhen versuchen. Dann kommen ihnen Nato-Truppen zur Hilfe. Nato-Verbündete simulieren dabei den Gegner.

Der Militärexperte Schamil Garejew hält das Manöver für „eine Einstimmung der baltischen Zivilbevölkerung auf Kampfhandlungen“ durch die Nato-Führung. „Es ist absurd, aber die lettische Regierung ist von der russischen Bedrohung geradezu besessen. Die Abwehr Russlands ist ihr ständiger Plan“, sagt er.

Auffällig ist, dass in wenigen Tagen ein ähnliches Manöver unweit der russischen Südgrenze, in Georgien, stattfinden wird. Auch lettische Truppen werden neben anderen Nato-Kräften an der „Agile Spirit“ genannten Übung teilnehmen – wohl um mit georgischen Kollegen die

Erfahrungen im Kampf gegen „Separatisten“ zu teilen.

Der Übungsentwurf sieht vor, dass georgische und amerikanische Marineinfanteristen gemeinsam die Schwarzmeerküste erstürmen, die von einem fiktiven Feind (Russland oder Abchasien, muss man annehmen) besetzt worden sei.

Dass die Nato ihre Aktivitäten an Russlands Grenzen verstärkt und Russland vom Nordwesten, Westen und Süden her gewissermaßen in die Zange nimmt, ist ohnedies nicht zu übersehen. Kürzlich erst wurde berichtet, dass die Nato einen ehemals sowjetischen Fliegerhorst im litauischen Kazlu Ruda saniert.

Der Stützpunkt soll den Nato- und US-Kräften als Bombodrom dienen, auf dem die westliche Allianz Luftangriffe gegen Bodenziele trainieren kann. Auch die strategischen B-52-Bomber der US Air Force sollen dabei zum Einsatz kommen. Und dies alles keine Autostunde von der russischen Oblast Kaliningrad entfernt.

Indes versichert die Nato-Sprecherin, Oana Lungescu, das Vorgehen der Allianz habe einen „rein defensiven Charakter“. Mehr noch: Das Verhalten der Nato entspräche „unseren internationalen Verpflichtungen“, sagte die Vertreterin.

„Im Ostteil der Allianz sind 4000 Soldaten stationiert – mit dem Ziel, jegliche mögliche Aggression einzudämmen. Diese Kräfte stehen in keinem Vergleich zu den von Russland stationierten Divisionen. Russland hat seine Truppen außerdem in der Ukraine, in Georgien und in Moldau stationiert, entgegen dem Willen der Regierungen dieser Länder“, so Oana Lungescu.

Mit dieser glatten Lüge hat die Nato-Sprecherin offensichtlich versucht, das Argument des russischen Präsidenten, Wladimir Putin, zu entkräften, dass das Nato-Kontingent in Osteuropa eine Gefahr für die Russische Föderation darstelle.

In der unmittelbaren Nähe der russischen Grenzen entstehen Anlagen der US-amerikanischen Raketenabwehr. „Das sind keine einfachen Raketenabwehrsysteme. Das sind Systeme, die auch für den Start von Mittelstreckenraketen verwendet werden können“, betonte Putin auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem finnischen Staatspräsidenten, Sauli Niinistö.

Mit anderen Worten: Der sogenannte Raketenschild kann auch für Raketenschläge gegen weite Teile Zentralrusslands eingesetzt werden.

Der russische Präsident sagte außerdem, dass die Nato-Infrastruktur immer weiter auf Russlands Grenze vorrücke: „Die Zahl der Mannschaften und der Technik wird aufgestockt, es finden immer mehr Übungen statt“. Gegenwärtig sei ein weiteres massives Nato-Manöver unweit der russischen Grenzen geplant.

Für den kommenden Herbst hat die nordatlantische Allianz ein Großmanöver angekündigt: „Trident Juncture 2018“. Über 45.000 Soldaten, 130 Flugzeuge und 60 Schiffe aus 30 Ländern sollen daran teilnehmen. Das ist das Drei- bis Vierfache jener Kräfte, die in das diesjährige „Zapad“-Manöver Russlands und Weißrusslands involviert waren.

Vergleichbar ist die Mannstärke von „Trident Juncture“ höchstens mit dem internationalen Kontingent der in diesem Jahr anstehenden „Wostok“-Übung. Doch findet diese russisch-chinesisch-mongolische Gefechtsübung fernab der Nato-Grenzen statt.

Die Nordatlantik-Allianz trainiert aber vor Russlands Haustür. Medienberichten zufolge wird „Trident Juncture“ auf norwegischem und isländischem Territorium einschließlich der Seegebiete sowie in der Ostsee abgehalten.

Aber das Nato-Manöver diene ja ausschließlich Verteidigungszwecken, erklärte der Oberbefehlshaber der Nato-Truppen in Europa, Curtis Scaparrotti. Wozu sonst sollte die Allianz einen Luftwaffenverband von der Größe einer ganzen Luftarmee an der russischen Grenze stationieren? Währenddessen wird die Bundeswehr das Manöver, wie Medien berichten, mit 100 Kampfpanzern und über 2000 Transportfahrzeugen verstärken.

Interessant ist im Zusammenhang mit dem „Trident Juncture“-Manöver auch die logistische Infrastruktur der Nato. Die US Air Force treibt in Europa – unter anderem in Norwegen – mit Nachdruck den Aufbau von Versorgungslagern voran, berichten schwedische Zeitungen.

Demnach wurden dafür allein in diesem Jahr 800 Millionen Dollar bewilligt. Es bleibt die Frage, warum das Pentagon so viel Geld ausgeben muss, um rechtzeitig europaweit Vorräte für die US-Luftwaffe anzulegen. Und übrigens: Anders als die Nato-Sprecherin, Oana Lungescu, behauptet, hat Russland keine Truppen in der Ukraine und in Georgien stationiert. Nur in Transnistrien verrichtet eine kleine russische Friedenstruppe ihren Dienst.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32207/29/322072998.jpg>

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des Leiters der Koordination der Volksmiliz der LVR Oberst M. Ju. Filiponenko über die Situation an der Kontaktlinie vom 18. bis 24. August 2018: Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie und über die Ergebnisse der Tätigkeit der Einheiten der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche.

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert. **In den letzten 24 Stunden** haben die ukrainischen Truppen **dreimal das Regime der Feueinstellung verletzt** und dabei Mörser des Kalibers 120mm, Granatwerfer verschiedener Art, großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet. Beschossen wurden die Gebiete der Volksmiliz der LVR in den Gebieten von **Shelobok** und **Donezkij**.

Nach unseren Informationen wurden drei Häuser in der Furman- und der Sewastopolskaja-Straße beschädigt. Außerdem haben die ukrainischen Kämpfer einen Brotlieferwagen beschossen. Der Fahrer wurde nicht verletzt.

Insgesamt haben die ukrainischen Truppen **in der letzten Woche elfmal das Regime der Feueinstellung verletzt**. Auf das Territorium der Republik wurden 120 Geschosse abgefeuert.

Von Seiten der ukrainischen Truppen wurden die Gebiete folgender Ortschaften beschossen: **Perwomajsk, Shelobok, Prischib, Donezkij, Krasnyj Jar, das Denkmal des „Fürsten Igor“**.

Die verbrecherischen Befehle zur Eröffnung des Feuers auf das Territorium der Republik erteilten folgende Kriegsverbrecher: der Kommandeur der 72. mechanisierten Brigade Tatus, der Kommandeur der 53. mechanisierten Brigade Grusewitsch, der Kommandeur der 14. mechanisierten Brigade Wojtschenko.

Die ukrainische Seite verstärkt weiter ihre militärische Präsenz und stationiert verbotene Waffen entlang der Kontaktlinie.

In den Gebieten von Nowotoschkowskoje, Staryj Ajdar, Trjochisbjonka, Troizkoje wurde die Stationierung von vier Haubitzen D-30 und drei 120mm-Mörsern bemerkt, außerdem wurde die Ankunft von zwei URAL-Lastwagen mit Munition festgestellt.

Außerdem wurde im Gebiet von Loskutowka die Ankunft von 10 T-64-Panzern registriert. In den Lagerorten fehlen nach wie vor ukrainische Technik und Waffen, die dem Abzug unterliegen. Das Fehlen wird täglich in der offiziellen Berichten der OSZE-Mission zum Ausdruck gebracht. Nach deren Angaben fehlen folgende Waffen der ukrainischen Streitkräfte:

5 Mehrfachraketenwerfer „Grad;

4 Haubitzen „Msta-B“;

6 Haubitzen „Akazija“;

10 Panzer T-64 und T-72.

Leider befinden sich alle diese Waffen an der Kontaktlinie und sind bereit, gegen friedliche Ortschaften eingesetzt zu werden.

Ich erinnere daran, dass der Gegner gestern einen Versuch unternahm, neue Positionen im Gebiet von Shelobok einzunehmen. Dank der sachkundigen Handlungen der Soldaten der Volksmiliz der LVR wurde der Feind auf die zuvor von ihm eingenommenen Positionen zurückgeworfen.

Nach bestätigten Informationen haben Soldaten des 24. Sturmbataillons „Ajdar“, das zur 53. Brigade der ukrainischen Streitkräfte gehört, diese Provokation durchgeführt. Trotz der faktischen Unterstellung der nationalistischen Einheit unter Grusewitsch handeln die Ukrofaschisten weiter getrennt und bringen mit allen Mitteln ihre Nichtunterordnung unter das Brigadekommando zum Ausdruck.

Wir schließen nicht aus, dass im Vorfeld des Unabhängigkeitstags der Ukraine übergeschnappte Nationalisten beschlossen haben, zum Angriff überzugehen, um sich staatliche Auszeichnungen zu verdienen.

Gestern hat das Verteidigungsministerium der Ukraine erklärt, dass die Einheiten der Volksmiliz der LVR sich den Positionen der ukrainischen Streitkräfte angenähert hätten. Später haben die ukrainischen Propagandisten begriffen, dass sie übereilte Schlüsse gezogen haben, aber sie wollten ihre ohnehin geringe Autorität in den Augen ihres Auditoriums nicht verlieren und sie mussten sich rechtfertigen, indem sie den Kommandeur des 24. Bataillons „Ajdar“ und den Kommandeur der 53. Brigade zu einem Interview heranzogen.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte bildet sich weiter unbekannte Diversions- und Ermittlungsgruppen und die Anwesenheit russischer Truppen ein. Das Erstaunlichste sind die nach dem Kampf vorgestellten Beweise, Helme und Waffen sowjetischer Produktion.

Ich kann nicht für die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte antworten, möglicherweise sind das die neuen NATO-Standards, aber bei uns in der Volksmiliz geht eine Versorgungskompanie nicht zum Angriff über, sondern befindet sich im Hinterland und befasst sich mit der Gewährleistung der Kampffähigkeit der Einheiten.

Die Einwohner des Donbass sind mit der andauernden militärischen Operation und der ständigen Verschlechterung der Lebensbedingungen unzufrieden, eine neue Welle der Empörung hat eine Reform im Gesundheitswesen hervorgerufen.

Im Zusammenhang damit wächst in den Bezirken Melwoka, Nowoajdar, Kremenskoje, Popasnaja und Starobelsk die Empörung über den Bau neuer Familienambulatorien. Die Bau hat noch nicht begonnen, aber es wurde begonnen, die Zahl der Krankenschwestern und medizinischen Beschäftigten im Zusammenhang mit der Einstellung neuen Personals und dem Übergang zu sogenannten „Familienärzten“ zu reduzieren. In der Mehrheit der medizinischen Einrichtungen fehlt das Minimum an notwendigen Medikamenten, und Märchen über den Bau neuer Krankenhäuser sind nicht ein weiteres Schema, um Geld zu waschen. Für den Bau der Ambulatorien sind 87,5 Mio. Griwna vorgesehen.

Außerdem wirkt sich die Reduzierung des medizinischen Personals negativ auf die

medizinische Versorgung der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte in der Zone der Strafoperation aus, die vor allem in zivilen Krankenhäusern behandelt werden. Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte verhält sich weiter gleichgültig gegenüber dem untergebenen Personal. Die Brigadekommandeure treibt nur die Profitgier an. Wie wir bereits mitgeteilt haben, betreibt der Kommandeur der 59. Panzergrenadierbrigade Oberst Ossiptschuk weitere ungesetzliche Geschäfte. Wir haben Beweise für seine kriminellen Handlungen. So hat er sich bei einer Dienstreise in Kotowsk im Oblast Odessa mit einem Geschäftsmann bekannt gemacht, der ihm eine runde Summe für die Endlagerung gefährlicher chemischer Abfälle, die aus der EU und den USA über den Iljitschowski-Hafen in die Ukraine gelangen, geboten hat. Der Brigadekommandeur stimmte zu und wird bald mit der Erfüllung seines Teils des Geschäfts beginnen. Die erste Partie giftiger Stoffe wird im Staniza-Luganskaja-Bezirk Ende August/Anfang September eintreffen. Wir rufen die Rechtsschutz- und internationalen Organisationen auf, die kriminellen Aktivitäten zu verhindern, die zu einer ökologischen Katastrophe führen werden und eine große Zahl von Opfern unter der Zivilbevölkerung nach sich ziehen wird. Ich merke an, dass die Einheiten der Volksmiliz der LVR nicht auf Provokationen reagieren, das „Regime der Ruhe“ und die Minsker Vereinbarungen einhalten. Aber im Fall einer Verschärfung der Lage behält sich die Volksmiliz der LVR das Recht vor, entscheiden im Interesse des Schutzes unserer Bürger zu handeln. ...

de.sputniknews.com: Wegen S-400-Kaufs: USA bereit für Sanktionen gegen alle Länder. Washington hält laut dem US- Außenministerium die Verhängung von Sanktionen gegen Länder auf der gesamten Welt wegen des Erwerbs von russischen S-400-Raketenabwehrsystemen für möglich.

„Wir sind dagegen, dass unsere Partner und Verbündete auf der ganzen Welt S-400 kaufen“, sagte die Sprecherin des State Department Heather Nauert auf einer Pressekonferenz am Donnerstag.

Die USA haben in der Vergangenheit bereits mehrfach der Türkei mit Strafmaßnahmen für den möglichen Erwerb russischer Raketenabwehrsysteme gedroht.

Ankara und Moskau hatten im Dezember 2017 ein Kreditabkommen über die Lieferung des russischen Raketenabwehrsystems S-400 unterzeichnet. Demnach soll Ankara zwei S-400-Batterien erhalten, die von türkischen Soldaten bedient werden würden. Die Seiten vereinbarten zudem eine technische Zusammenarbeit bei der Produktionsaufnahme solcher Waffen in der Türkei.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32207/49/322074901.jpg>

de.sputniknews.com: Moskau wirft USA willkürliche Interpretation der Außenministertgespräche vor.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa hat ihren US-Kollegen vorgeworfen, die Gespräche der ranghohen Diplomaten beider Länder willkürlich ausgelegt zu haben. Dies geht aus einer auf der Webseite des Außenministeriums veröffentlichten Mitteilung hervor.

Zuvor hatte die Sprecherin des US-Außenministeriums, Heather Nauert, behauptet, US-Außenminister Mike Pompeo habe seinen russischen Amtskollegen, Sergej Lawrow, bei einem Telefonat um die Unterstützung der Bemühungen der USA in der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) gebeten. Damit solle die syrische Regierung wegen des angeblichen Einsatzes von Chemiewaffe zur Verantwortung gezogen werden.

„Wir müssen ein weiteres Mal auf die willkürliche Interpretation von Inhalten der Kontakte ranghoher Vertreter Russlands und der USA verweisen“, so Sacharowa. „Die Äußerungen von Heather Nauert entsprechen nicht der Wirklichkeit, derartige Aufrufe verkündete Mike Pompeo nicht.“

Das russische Außenministerium erachte diese „verzerrte Darstellung“ des Gesprächs der beiden Außenminister als einen Versuch Washingtons, den bilateralen Dialog zum Konflikt in Syrien zur Durchsetzung der eigenen politischen Agenda auszunutzen. Sowohl in Bezug auf Syrien als auch im Rahmen der OPCW, so die Sprecherin des russischen Außenministeriums weiter.

Moskau rechne damit, dass die USA künftig die Ergebnisse von den Kontakten der Außenminister präziser kommentieren werde, betonte Sacharowa.

armiyadnr.su: Dringende Mitteilung des operativen Kommandos der DVR:

Wie wir schon vermutet haben, ist die Schließung des Passierpunkts „Majorsk“ durch Kiew aus einem einzigen Grund erfolgt – den Verkehr von Zivilisten in der Nähe der Positionen der ukrainischen Besatzer an der Kontaktlinie in Richtung Gorlowka zu beenden.

Dies hat es den ukrainischen Terroristen erlaubt, verdeckt von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen heranzuziehen und mit dem Beschuss von Ortschaften in der Vorland von Gorlowka zu beginnen.

Bis jetzt haben wir 26 Detonationen von ukrainischen 120mm-Mörsergeschossen in der Siedlung des **Gagarin-Bergwerks** festgestellt. Der Beschuss hält an.

Wir rufen die internationalen Beobachter der OSZE-Mission auf, Maßnahmen zur Beendigung des Feuers durch die ukrainischen Besatzer zu ergreifen. Andernfalls behalten wir uns das Recht auf erwidernde Maßnahmen gegenüber Personen vor, die die Sicherheit unserer Bürger und Verteidiger gefährden.

de.sputniknews.com: Ukrainische Extremisten planen Massenmord an russischen Beamten – Ermittlungsbehörde.

Die radikale Gruppierung „Rechter Sektor“ will fünfzig russische Beamte und Geheimdienstler ermorden, berichtete die russische Ermittlungsbehörde.

Dabei handle es sich um die Russen, die an der Untersuchung im Fall des Ukrainers Alexander Kostenko teilgenommen hätten, so die Behörde.

Im Mai 2015 hatte ein Gericht auf der Krim Kostenko zu vier Jahren Haft verurteilt, weil er während Massenausschreitungen in Kiew einen Beamten des Berkut-Bataillons geschlagen und außerdem illegal Feuerwaffen besessen haben soll.

„Den Ermittlern zufolge wurde von Mitgliedern der Abteilung <...> Bikownizki, Malinowskaja, Netkanowa, Maksimenko und anderen Personen <...> in Erledigung der Anweisungen von Jarosch, Tarassenko, Stempizki, Woronow und anderen als Vergeltung für

die rechtmäßige Verurteilung Kostenkos am 10. Mai 2018 ein ‚Urteil des zentralen nationalen Gerichts des Rechten Sektors‘ gefällt“, erklärte die offizielle Sprecherin der Ermittlungsbehörde, Swetlana Petrenko.

Laut Petrenko hatten die zuvor erwähnten Personen alle Mitglieder des „Rechten Sektors“ praktisch mit dem Mord an 50 russischen Beamten und Geheimdienstlern beauftragt. Die Ermittlungsbehörde betrachtet dies als die Vorbereitung eines Mordes und als einen Angriff auf das Leben von Beamten und Rechtsschutzmitarbeitern. Ein Strafverfahren wurde eingeleitet.

In naher Zukunft werde die Behörde einen Vorwurf in Abwesenheit einreichen und wahrscheinlich die Angeklagten auf die internationale Fahndungsliste setzen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31693/35/316933524.jpg>

Dan-news.info: Die Vertreter der Ukraine in der humanitären Untergruppe bei den Verhandlungen am 21. und 22. August in Minsk konnten der DVR keine Liste der angeblich Hunderten von festgenommenen Anhänger der Republik seit Beginn der Operation der Vereinigten Kräfte im Donbass vorlegen. Dies teilte die Bevollmächtigte für Menschenrechte in der DVR, die Vertreterin der Republik in der humanitären Untergruppe Darja Morosowa mit.

Wir erinnern daran, dass der Kommandeur der OOS Sergej Najew am 16. August erklärt hat, dass in der Operationszone 449 Personen festgenommen worden seien, die Verbindungen zu den Republiken des Donbass hätten.

„In Erwiderung auf unsere Anfrage hat die ukrainische Seite diese Liste nicht vorgelegt, dies zeugt davon, dass es diese Liste nicht gibt und solche Erklärungen Najews durch nichts bestätigte Worte sind“, fasste Morosowa zusammen.

Abends:

de.sputniknews.com: USA legen neue Sanktionen gegen Russland offen – Moskau antwortet. Das Federal Register, das Amtsblatt der US-Bundesregierung, hat das Dokument zu den früher annoncierten neuen Anti-Russland-Sanktionen veröffentlicht. Die offizielle Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hat vor einer zunehmenden Spannung gewarnt.

Als Anlass für die Sanktionen gilt der angebliche Einsatz chemischer Waffen durch Russland im britischen Salisbury. Die Strafmaßnahmen verbieten „jegliche Kredite, Bankgarantien und andere finanzielle Unterstützung“ für Russland seitens aller US-Behörden sowie setzen

jegliche US-Hilfe aus, außer „dringender humanitärer Hilfe, Lebensmittel und anderen landwirtschaftlichen Produkten“.

Außerdem stoppt das US-Außenministerium die Ausstellung von Lizenzen für den Export an russische Staatsfirmen von US-Waffen und Gütern mit doppeltem Verwendungszweck. Eine Ausnahme soll der Export bilden, der für die Zusammenarbeit im Weltraum, kommerzielle Weltraumstarts sowie Gewährleistung der Flugsicherheit in der Zivilluftfahrt notwendig ist. Andere einzelne Ausnahmen sind laut dem Dokument möglich, es gelte jedoch eine „Verweigerungsvermutung“ für die entsprechenden Exportlizenzen.

Moskau reagiert:

Laut Sacharowa sind die Sanktionen der USA bereits zu einer „Routinesache“ geworden. „Natürlich wird die neue Sanktionsrunde nichts außer zusätzlicher Spannung bringen, das ist offensichtlich“, erklärte die Außenamt-Sprecherin.

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, bezeichnete früher die Verbindung der neuen antirussischen Sanktionen mit dem Vorfall in Salisbury als nicht rechtmäßig und unannehmbar. Sacharowa äußerte, die neuen US-Einschränkungsmaßnahmen würden unter einem erfundenen Vorwand eingeführt. Moskau werde darauf mit neuen Gegenmaßnahmen reagieren.

Am 4. März wurden laut der Regierung Großbritanniens der ehemalige russische Doppelagent Sergej Skripal und seine Tochter Julia in der britischen Stadt Salisbury vergiftet.

Großbritannien macht Moskau für den Vorfall verantwortlich, dem sie den Einsatz des Nervenkampfstoffes A234 vorwirft.

Die Beschuldigungen erwiesen sich als falsch. Der Chef des Geheimlabors des britischen Verteidigungsministeriums sagte, dass Fachleute die Herkunft des Giftstoffes von Salisbury nicht bestimmen konnten. An demselben Tag gestand das britische Außenministerium ein, es habe die Schlussfolgerungen über Russlands Beteiligung an der Vergiftung der Skripals unter anderem auf der Grundlage der eigenen Einschätzungen der Informationen gezogen.

Russland wies die Vorwürfe eines Giftangriffs auf die Skripals entschieden zurück. Der russische Außenminister, Sergej Lawrow, äußerte, die Causa Skripal zerfalle offensichtlich angesichts der fehlenden Beweise über eine Verwicklung Moskaus.

de.sputniknews.com: Um Russland im Nordatlantik einzudämmen: Washington reaktiviert die 2. US-Flotte.

Die USA haben ihre Zweite Flotte (United States Second Fleet) reaktiviert, die Russland im Nordatlantik eindämmen soll.

„Wir müssen unsere Konkurrenzvorteile und Dominanz auf See aufrechterhalten“, sagte der Admiral und Chef der Marineoperationen der US-Seestreitkräfte, John M. Richardson, bei einer feierlichen Zeremonie auf dem Marinestützpunkt in Norfolk im Bundesstaat Virginia. Dabei betonte der Admiral, die Zweite Flotte werde unter den Bedingungen eines wiedererstehenden Russlands operieren, so wie sie früher der Sowjetunion Paroli geboten habe.

Die 2. US-Flotte war von 1950 bis 2011 im Einsatz und für das Territorium des Atlantiks vom Nordpol bis hin zum Karibischen Meer zuständig, sie spielte eine bedeutende Rolle bei der Konfrontation gegen die UdSSR während des Kalten Krieges. Unter US-Präsident Barack Obama war die United States Second Fleet 2011 aufgelöst worden.

Im Mai dieses Jahres hatte das Kommando der US-Marine die Wiederbelebung der 2. Flotte angekündigt. Der Verantwortungsbereich der Flotte soll vor der US-Ostküste und im Nordatlantik liegen. Das Hauptanliegen des Verbandes soll darin bestehen, den „territorialen Ansprüchen Moskaus“ gegenüber Verbündeten Washingtons entgegenzuwirken.

de.sputniknews.com: Darum holt Kiew seine Schiffe von der Krim nicht zurück – Vize-

Admiral:

Der Ex-Oberkommandierende der ukrainischen Marine Vize-Admiral Sergej Gajduk hat gegenüber dem Sender „112 Ukraina“ aufgeklärt, warum Kiew Moskaus Vorschlag, die auf der Krim verbliebenen ukrainischen Kriegsschiffe zurückzuholen, abgelehnt hat.

Gajduk betonte, die auf der Halbinsel verbliebene Flotte sei zu etwa 70 Prozent mit russischer Ausrüstung ausgestattet. Er unterstrich auch, dass die westlichen Partner keinen Druck auf Moskau auszuüben würden, wenn die Ukraine die Schiffe zurückholen würde.

„Wenn wir diese Schiffe nehmen, verlieren wir Argumente in den internationalen Institutionen, bei denen wir Klagen eingereicht haben. Die internationalen Institutionen werden sagen: ‚Sie haben sich doch miteinander geeinigt und die Schiffe zurückgeholt, es gibt doch keine Probleme‘“, sagte Gajduk gegenüber „112 Ukraina“.

Im Januar hatte sich der russische Präsident Wladimir Putin bereit erklärt, Dutzende auf der Krim stationierte ukrainische Kriegsschiffe und Kampffjets an Kiew zurückzugeben.

Kremlsprecher Dmitri Peskow sagte, Kiew solle diesen Vorschlag als offiziell betrachten.

Der ukrainische Außenminister Pawel Klimkin erklärte, Kiew habe keine offizielle Note mit dem Vorschlag über die Rückgabe der auf der Krim stationierten ukrainischen Kriegsschiffe und Kampffjets an die Ukraine erhalten. Die Ukraine werde nichts unternehmen, was ihre politische oder Rechtsposition schwächen könnte. Der stellvertretende Sekretär des Rates für nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine, Michail Kowal, erklärte, Kiew verlange von Moskau, die auf der Krim zurückgelassenen Schiffe in einem reparierten Zustand an die Ukraine zurückzugeben.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32207/88/322078800.jpg>

de.sputniknews.com: Drohnen-Attacken durch Kämpfer in syrischem Hama abgewehrt –
Versöhnungszentrum

Syrische Kämpfer von illegalen bewaffneten Formationen haben am Freitag zweimal versucht, Positionen der Regierungstruppen in der Stadt Hama mithilfe von Drohnen anzugreifen, wie der Chef des russischen Versöhnungszentrums Generalmajor Alexej Zyganow mitteilte.

„In der Stadt Hama wurden während der hellen Tageszeit zwei Versuche von illegalen bewaffneten Gruppierungen festgestellt, Einheiten der Regierungstruppen mithilfe von Drohnen anzugreifen. Die syrische Flugabwehr hat drei Drohnen der Kämpfer abgeschossen“, sagte Zyganow.

Laut dem Generalmajor haben ehemalige Kämpfer im Südwesten Syriens innerhalb eines Tages 483 Kleinwaffen und 450 Kilogramm Munition verschiedener Typen und Kaliber abgegeben.

Trotz der vereinbarten Waffenruhe seien erneut Verletzungen der Feuerpause durch illegale

bewaffnete Formationen in der Deeskalationszone von Idlib festgestellt worden.

„An einem Tag wurden die Ortschaften Kinsabba (zweimal), Nahshebba (dreimal), Saraf, Ikko, Ayn al-Hanzir im Gouvernement Latakia sowie die Gebiete Ballirmun (dreimal), Handarat, Minyan (zweimal) und Vilal am südwestlichen Stadtrand von Aleppo beschossen“, so der Chef des Versöhnungszentrums.

Darüber hinaus seien Positionen der Regierungstruppen in der Nähe der Stadt Tedef im Gouvernement Aleppo an der Trennlinie zu den von der Türkei kontrollierten Milizen der Freien Syrischen Armee beschossen worden.